

Stellungnahme der Landesvertretung akademischer Mittelbau Berlin (LAMB) zu:
Ist Berlin auf den doppelten Abi-Jahrgang vorbereitet?
(Sitzung des Wissenschaftsausschusses im Abgeordnetenhaus von Berlin am 06.06.2012)

Die Universitäten haben Verträge mit dem Land, sie erfüllen ihre Quoten, mehr können sie nicht tun. Vorsorge für Studienplatzbedarf ist primär Aufgabe des Landes (also des Vertragspartners) und nicht Aufgabe der Universitäten.

Bei Studienplatzdiskussionen bleibt - wie schon bisher - immer das Infrastrukturproblem unbeachtet. Kosten für Studienplätze werden nur in Personal gerechnet, ohne zu bedenken, dass Laborplätze etc. nötig sind. In diesem Sinne sind für Studienplatzschaffung kurzfristige Finanzierungen nicht der richtige Lösungsansatz. Bei Kostenkalkulationen wird nicht auf unterschiedliche Fachkosten geachtet, Der Kalkulationsansatz orientiert sich eher an kostengünstigen Plätzen. Die Unis werden daher animiert, eher in kostengünstigen Fächern Studienplätze zu schaffen, ohne dass gefragt wird, ob das auch die Bedürfnisse potentieller Studieninteressierter oder potentieller "Abnehmer" etc. deckt. Der Ausbau der – auch nur zum Teil ausfinanzierten – Studienplätze geschah und geschieht primär im Bachelor. Die weitere Finanzierung durch den Bund ist heute noch völlig offen. Die künftigen Hochschulverträge habe auch auf Landesebene dem Problem Rechnung zu tragen und sollen angemessene Aufwüchse im Bereich der Masterstudienplätze auskömmlich finanzieren.